

DER TAGES SPIEGEL

HÄNGIGE BERLINER MORGENZEITUNG

Sonntagsausgabe



Verlag Der Tagesspiegel GmbH, 1 Berlin 30, Postfach, Potsdamer Straße 87 / Telefon 26 93-1 / Telex 01 83 773 / Telegramme: Tagesspiegel Berlin / Banken: Berliner Disconto Bank, Berliner Bank, Bank für Handel und Industrie, Berliner Commerzbank, Sparkasse der Stadt Berlin West, Postcheck: Berlin West 105-105 / Bonner Redaktion: 53 Bonn, Pressehaus 1, Telefon 22 78 45 und 22 14 14 / Abonnementspreis bei freier Zustellung durch eigene Boten 9,50 DM, durch die Post 11,20 DM mtl. (einschl. 5,5 % MwSt) / Errechnungsweise: tgl. außer nach Sonn- u. Feiertagen / Keine Erstattungsansprüche bei Störungen d. höhere Gewalt / Anzeigenpreisliste Nr. 21 / Erfüllungsort u. Gerichtsstand auch für das Mahnverfahren Berlin-Tempelhof.

Nr. 2 / 31. JAHRGANG

BERLIN, SONNTAG, 12. JANUAR 1975

70 Pf / Ausw. 80 Pf A 6623 C

Überraschend deutsch-amerikanische Währungskonferenz in Hamburg

Schmidt sprach mit Chef des US-Notenbanksystems – Auch Apel und Klagen beizogen – Problem der Ölmilliarden als Hauptthema

Hamburg (dpa). Zu einem überraschenden, vertraulichen Währungsgespräch ist Bundeskanzler Schmidt am Sonnabendvormittag mit dem Chef des amerikanischen Notenbanksystems, Burns, in Hamburg zusammengetroffen. An den informellen Beratungen im Gästehaus des Hamburger Senats nahmen auch Bundesfinanzminister Apel sowie Bundesbankpräsident Klagen teil.

Das Währungstreffen war auf Wunsch Präsident Fords vereinbart worden. Offiziell wurde lediglich mitgeteilt, daß „internationale Finanzfragen“ im Mittelpunkt der Gespräche gestanden hätten. Nach Ansicht von Beobachtern sind vor allem die Auswirkungen der Öl-Dollars auf das Weltwährungssystem und auf die Zahlungsbilanzen der westlichen Öl-Importländer erörtert worden. Währungspolitische Beschlüsse sind dem Vernehmen nach nicht gefaßt worden.

Schmidt regt neues Gesetz an

Hamburg (dpa). Ein neues Gesetz, das Aktienverkäufe in das Ausland durchschaubar

macht, hat Bundeskanzler Schmidt gefordert. In einem NDR-Interview sagte er, es solle keineswegs jede Transaktion verhindert werden, doch gebe es „gewisse Grenzen“ eines freien Kapitalverkehrs. Als Beispiel für einen Aktienverkauf, der verhindert werden müsse, nannte Schmidt den Fall, daß eine Gruppe von Erdöl-exportierenden Ländern etwa die Kraftwerksunion kaufen wolle, den Zusammenschluß von deutschen Firmen, die Atomkraftwerke bauen. Um dies zu verhindern, wäre ein weiteres Gesetz erforderlich. „Zunächst einmal kommt es für uns darauf an, ein Gesetz zu bekommen, das es uns überhaupt erlaubt, Durchschaubarkeit zu erhalten.“

Stobbe zur Haltung der Westmächte in der Frage des Energieverbundes

Bundessenator sieht keine Hindernisse für Realisierung der Pläne

Berlin (dpa). Als abwegig hat Bundessenator Stobbe am Sonnabend Spekulationen bezeichnet, wonach das Projekt der Lieferung eines deutschen Atomkraftwerkes an die Sowjetunion und die damit zusammenhängende Einbeziehung Berlins in einen Ost-West-Stromverbund durch die Haltung der westlichen Schutzmächte gefährdet sei. „Das Interesse unserer Verbündeten an der Sicherung der Energieversorgung Berlins, die diesem Verbund gewährleistet werden soll, hat nicht im geringsten nachgelassen“, erklärte Stobbe. Er sehe kein Risiko, daß etwa im Koordinierungsausschuß für Ost-West-Handel in Paris ein ernsthaftes Hindernis für die Realisierung dieses Projekts entstehen könnte.

In diesem Zusammenhang wies Stobbe Vorstellungen der CDU zurück, auf den geplanten Ost-West-Verbund zu verzichten und statt dessen durch den Bau von Atomkraftwerken am Atlantik die Energieversorgung Westeuropas sicherzustellen. Dieser Vorschlag des außenpolitischen CDU-Sprechers Marx, betonte der SPD-Politiker, vernachlässige die „elementarsten Interessen“ Berlins. Stobbe warf der Union vor, sie verfüge noch immer über ein „gestörtes Verhältnis“ zur Deutschland- und Ostpolitik, denn sie bewerte die Tatsache der Lieferung eines deutschen Atomkraftwerkes nach Königsberg so negativ, daß sie die damit verbundene Interessenlage für Berlin völlig außer acht lasse.

DDR kündigt Verbesserungen im Verkehrswesen an

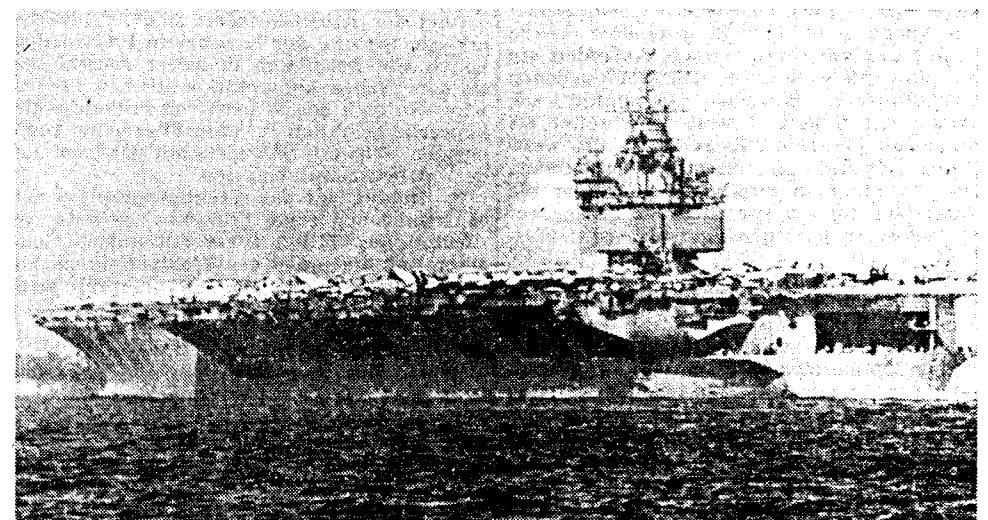
Berlin (IWE). Wichtige Verbesserungen im Verkehrswesen der DDR hat Verkehrsminister Arndt angekündigt. Gegenüber der Zeitschrift „DDR-Verkehr“ teilte er mit, daß in diesem Jahr bedeutende Investitionen in Höhe von zusammen 5,8 Milliarden Ostmark eine weitere Leistungssteigerung im Verkehrswesen ermöglichen und gleichzeitig die Beförderungsqualität erhöhen sollen. Arndt zufolge werden 60 Prozent der Investitionen bei der Eisenbahn eingesetzt. Unter anderem sei geplant, 210 Kilometer zweite Gleise zu bauen, den Reisezug- und Güterwagenpark weiter zu modernisieren sowie schrittweise weitere moderne Signal- und Sicherungsanlagen einzuführen. Sorgen bereitet in Ost-Berlin, wie den Ausführungen von Arndt zu entnehmen ist, die Arbeitskräfteknappheit im Verkehrswesen.

Bundespräsident Scheel in Berlin



Bundespräsident Scheel traf am Sonnabend in Berlin ein. Unmittelbar nach seiner Ankunft besuchte er den Tagesspiegel, wo er ein Gespräch mit Redaktionsmitgliedern führte. Auf dem Foto (von links): Der Bundespräsident, der Herausgeber des Tagesspiegels, Franz Karl Maier, und der Pressereferent Scheels, Graf von Basewitz. Es war dies der erste Besuch des Bundespräsidenten bei einer Zeitung seit seiner Amtsübernahme. Scheel wollte am Abend am Presseball teilnehmen. Am Sonntag tritt er die Rückreise nach Bonn an.

Foto: stark-otto



Der amerikanische, atomgetriebene Flugzeugträger „Enterprise“, das größte Kriegsschiff der Welt, hat am Sonnabend mit mehreren anderen Kriegsschiffen der 7. US-Flotte auf dem Marsch zum Indischen Ozean die Straße von Malakka passiert (unser Foto). Damit werden amtliche Berichte aus Washington bestätigt, daß der Flottenverband nicht zur Küste Vietnams unterwegs sei.

AP-Fotofax

Die Flagge zeigen

Sx. Die Überschrift stammt aus dem Vokabular des Kolonialimperialismus, der seinen Höhepunkt im 19. Jahrhundert hatte, dessen Sterbestunde mit dem Ende des ersten Weltkrieges eingeläutet wurde, und der mit dem Ende des zweiten Weltkrieges und dem Beginn des Atomzeitalters besiegelt wurde. Aus dem gleichen Vokabular stammt die Bezeichnung der Seemacht des britischen Empire als „Fleet-in-Being“, als einer Macht, deren Wirkung in der bloßen Tatsache ihres Daseins begründet ist. Vor dem Hintergrund dieser Tatsache konnte — ein dritter Ausdruck aus dieser Zeit — „Kanonenbootpolitik“ betrieben werden. Die Älteren unter uns kennen noch den „Panthersprung nach Agadir“, auf den sich Kaiser Wilhelm II. durch Reichskanzler und Auswärtiges Amt in den marokkanischen Atlantikhafen schicken ließ, um dort „mit schimmernder Wehr“ gegen französische Monopolansprüche zu protestieren. Da der „Panther“ nicht viel größer war als ein Kanonenboot, diente die neue deutsche Hochseeflotte als „Fleet-in-Being“.

Die Marokkokrise spielte ihre Rolle im Aufmarsch der Mächte zum ersten Weltkrieg. Es zeigte sich schon damals, daß Kanonenbootpolitik nur gegenüber kleinen und unterentwickelten Mächten wirken und kein Instrument für politische Konflikte zwischen Weltmächten sein konnte. In unserer Zeit ist Kanonenbootpolitik kaum noch kleinen Mächten gegenüber anwendbar, da auch sie unter dem Schirmdach des atomaren Gleichgewichtes zwischen Supermächten existieren. Vor zwanzig Jahren hat der junge Harvard-Professor Kissinger mit seinem Buch „Weltpolitik im Atomzeitalter“ den Grundstein zu dem kometenhaften Aufstieg gelegt, der ihn zum Präsidentenberater und schließlich zum Außenminister der USA führte. Während nun aber das atomare Gleichgewicht einen Großkrieg zwischen den Weltmächten auszuschließen schien, erweiterte sich der Spielraum für kleinere Kriege oder bewaffnete Auseinandersetzungen, wie sie früher durch Eingriffe von Großmächten weitgehend verhindert werden konnten. Mittlere und kleine Mächte fühlen sich heute vor solchen Eingriffen ziemlich gesichert. Sie spekulieren darauf, daß die Weltmächte das Risiko einer Eskalation zu einem allgemeinen Großkrieg scheuen und sie gewähren lassen. Damit wächst die Gefahr einer Fehleinschätzung, und um dieser Gefahr vorzubeugen, hat Präsident Ford lange vor dem neuesten Kissinger-Interview schon im Dezember daran erinnert, daß in der Geschichte die Völker immer wieder Kriege geführt haben, wenn ihnen ihre Existenzgrundlage bedroht erschien. Zu den historischen Kriegsgründen zählte Ford die Sorge um die Lebensmittelversorgung. Ebenso berechtigt sei die heutige Sorge um die Versorgung der Industriestaaten mit Energie und Rohstoffen.

Zunehmend taucht heute in den Äußerungen von Staatsmännern die Formulierung auf, dies oder jenes könne „nicht ausgeschlossen“ werden. Nach Ford und Kissinger kann eine bewaffnete Intervention „nicht ausgeschlossen“ werden, falls Aktionen der Olländer die Absicht erkennen lassen, die Industrienationen zu strangulieren. Beide versicherten aber auch, daß bloße Ölpreiserhöhungen kein Anlaß für militärische Interventionen sein würden. Die amerikanische Regierung hat es für nötig gehalten, die Grenzen abzustecken, nach deren Überschreiten durch die Olländer Interventionen „nicht ausgeschlossen“ werden können.

Die alte Rolle der Kanonenboote ist den Interviews zufolge gefallen, wobei der Ernst der Lage zugleich durch das Zeigen der Flagge unterstrichen wird. Daß die amerikanische Flottendemonstration jetzt im Indischen Ozean stattfindet, steht gewiß auch im Zusammenhang mit der Eroberung der Provinzhauptstadt nördlich von Saigon durch die Nordvietnamesen, aber sie muß auch im Zusammenhang mit der Interviewpolitik des Weißen Hauses über mögliche Interventionen an anderer Stelle gesehen werden.

Der Flugzeugträger „Enterprise“, der an der Spitze eines großen Flottenverbandes aus dem amerikanischen Vertragshafen auf den Philippinen nach Westen in See ging, ist mit 84 000 Tonnen das größte und stärkste Kriegsschiff der Welt. Von acht Atomreaktoren angetrieben, hat es mit fünftausend Mann Besatzung achtzig Kampfflugzeuge an Bord. Das Großkampfschiff, dessen Typ schon oft totgesagt

worden war, ist das Kern- und Prunkstück der im Pazifik stationierten siebenten amerikanischen Flotte. Admiral Gayler als Oberbefehlshaber hat in einem Interview mit dem amerikanischen Fernsehen die Möglichkeit einer Intervention in Vietnam „nicht völlig ausgeschlossen“, obwohl er sich das kaum vorstellen könne. Die Zusammensetzung des Verbandes dürfte in Hanoi als Drohung mit einem Luftangriff auf die Hauptstadt Nordvietnams als des Landes, das den Zwölfmächtevertrag über die Beendigung des Vietnamkrieges nun eindeutig gebrochen hat, begriffen werden. Nach dem Amtsantritt Fords hat freilich ein Kongreßgesetz dem Präsidenten den Landeinsatz von Truppen im Ausland ohne Zustimmung des Parlamentes verboten. Doch schon in dem zweiseitigen Zusatzabkommen zwischen Amerika und Südvietnam hat die amerikanische Regierung beim Rückzug aus Vietnam gewisse Beistandsverpflichtungen übernommen, die Waffenlieferungen einschließen und Luftunterstützung „nicht ausschließen“. Die Bedeutung der Flottenoperation kann also in dem Satz zusammengefaßt werden: Die amerikanische Supermacht gibt aller Welt in Ost und West zu verstehen, daß sie auch noch da-ist. Die von vornherein eingeplantete Dementis aus dem Weißen Haus ändern an dieser Tatsache nichts.

Der Satz ist auch auf die im Mittelmeer stationierte sechste amerikanische Flotte anwendbar, und er gewinnt zusätzlich an Gewicht durch eine politisch-strategische Studie einer noch von Nixon eingesetzten Sonderkommission, deren Auftrag Präsident Ford bestätigt hat. Die Studie rechnet damit, daß es im letzten Viertel unseres Jahrhunderts an verschiedenen Brennpunkten der Weltpolitik zu kleinen und mittleren Kriegen kommen werde, wenn es nicht gelingen sollte, diese Gefahr durch entschlossene Zusammenarbeit der Supermächte auszuschalten. Darin sieht die soeben in großen Zügen bekanntgewordene Studie die Hauptaufgabe, mit der sich die Weltmächte und die Staatsmänner aller Länder noch bis zum Jahre 2000 zu beschäftigen haben würden.

Den praktischen Anschauungsunterricht für diese Studie liefern die aktuellen Bemühungen zur Abwendung eines neuen Krieges zwischen Arabern und Israel.

Hier haben sich nach der Absage des Kairobesuchs von Breschnew die Chancen für eine amerikanische Vermittlungsaktion zunächst wieder einmal verbessert. Wieder ist das „Warten auf Kissinger“ im Gespräch. Von besonderer Bedeutung ist die Einschaltung des Schahs von Persien. Wenn Präsident Sadat sich mehr von Amerika als von Moskau versprochen, so zog er damit die Konsequenzen aus einer Lage, in der nur die Amerikaner einen Druck auf Israel auszuüben in der Lage wären. In seinen Gesprächen mit dem Schah ist er nun einem anderen Vermittlungspartner begegnet, der seinerseits einen Einfluß auf Israel ausüben könnte. Der Staat Israel deckt seinen Ölbedarf fast ausschließlich in Persien. Zusätzlich hat der Schah in Aussicht gestellt, Israel zu entschädigen, wenn es bei dem angebotenen Teilerückzug von der Sinaihalbinsel aus die dortigen Ölquellen an Ägypten zurückgibt.

Zur Überwindung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten Ägyptens, die zu Unruhen in Kairo führten und für die dort Moskau verantwortlich gemacht wird, steuert der Schah einen Kredit von einer Milliarde Dollar bei. Auch bietet er Waffenlieferungen an, die russische Lieferungen ersetzen sollen. Mit einem ähnlichen Unterstützungsprogramm folgt König Feisal von Saudi-Arabien dem Schah als der nächste in Kairo erwartete Besucher, der in der Lage ist, Ägypten zu helfen. Da nun gleichzeitig Israel seine Verhandlungsangebote erhöht hat, wird die Gesamtlage im Vorderen Orient etwas optimistischer eingeschätzt. Ein zweiseitiger Teilplan zur Räumung besetzter Gebiete scheint zwischen Israel und Ägypten „nicht mehr ausgeschlossen“ zu sein. Um nun aber nicht in der arabischen Welt in die Isolierung zu geraten, besteht Präsident Sadat darauf, einer solchen Zwischenlösung nur zuzustimmen, wenn sie von vornherein nur als Vorstufe auf dem Wege zu einer endgültigen Friedenslösung im Rahmen der UNO-Beschlüsse deklariert wird. Das ist der Punkt, an dem sich die Verhandlungskunst Kissingers noch bewähren müßte.

NATO-Gipfel in Bonn?

Bonn (dpa). Im Kreise der NATO-Partner sind Erwägungen über eine eventuelle Gipfelkonferenz des atlantischen Bündnisses im Gange. Wie verlautet, gilt Bonn als eine von mehreren Möglichkeiten für die Auswahl des Konferenzorts. Nach offiziell nicht bestätigten Informationen gehen die Überlegungen von der Annahme aus, daß im Frühsommer dieses Jahres die Abschluß-Phase der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa in Form eines Treffens der Regierungschefs oder auch der Außenminister erreicht sein könnte.

Dies hängt allerdings, wie es heißt, von der endgültigen Klärung der noch offenen Konferenz-Themen — unter anderem im humanitären Bereich — ab. Sollten diese klärenden Abschlussschritte erfolgreich sein, so gilt es als denkbar, daß sich vorher die NATO-Staaten auf höchster Ebene noch einmal untereinander abstimmen. Das gleiche könne man auch — wie es in Bonn heißt — für die Staaten des Warschauer Pakts annehmen.

Die „Neue Hannoversche Presse“ meldete gestern, im Mai werde ein NATO-Gipfel in Bonn stattfinden. Diese Version wurde in Bonn als Spekulation bezeichnet.

EG-Präsident Ortolí bei Schütz

Tsp. Berlin. Zu einem Gespräch über aktuelle politische und wirtschaftliche Fragen Berlins trafen am Sonnabend der Regierende Bürgermeister Schütz und der Präsident der Europäischen Kommission, Ortolí, im Gästehaus des Senats im Grunewald zusammen. Der Brüsseler Politiker, der zu einem dreitägigen Besuch in die Stadt gekommen ist, trug sich anschließend in das Goldene Buch ein.

FDP will sich in Rheinland-Pfalz an der Regierung beteiligen

Mainz (ddp). Die Freien Demokraten streben nach vier Oppositionsjahren im Mainzer Landtag wieder die Regierungsmitverantwortung in Rheinland-Pfalz an. Dieses Ziel nannte gestern der Landesvorsitzende Scholl vor den 197 Delegierten des außerordentlichen FDP-Landesparteitages in Mainz. Die Delegierten wollen über eine am Vorabend mit elf gegen neun Stimmen angenommene Empfehlung des Landesvorstandes entscheiden, eine Koalitionsaussage zugunsten der CDU zu treffen. Diese soll allerdings nur für den Fall gelten, daß die Union bei den bevorstehenden Landtagswahlen die absolute Mehrheit verliert.

Jungdemokraten: Empfehlung skandalös

Duisburg (dpa). Als politischer Skandal innerhalb der FDP hat der Bundesvorsitzende der Jungdemokraten, Schiller, die Empfehlung des rheinland-pfälzischen FDP-Landesvorstandes zur Koalition mit der CDU nach der nächsten Landtagswahl bezeichnet. Schiller erklärte gestern in Duisburg, die Empfehlung sei verantwortungslos gegenüber der Gesamtpartei.

Sowjets starteten „Sojus 17“

Moskau (dpa). In der Nacht zum Sonnabend ist in der Sowjetunion ein bemanntes Raumschiff, „Sojus 17“, gestartet worden. Die zwei Astronauten an Bord haben die Aufgabe, an die neue Raumstation „Salut 4“ anzukoppeln. (Siehe Seite 6)

Aus dem Inhalt

	SEITE
Koalition der Ungleichen in der UNO	3
Privatpolizei in Italien	3
Liza Minnelli in Berlin	4
Uraufführung im Forum-Theater	5
Rezession auch in Amerika das Hauptproblem	12
Wo Berlin schon früher seinen Müll abland	16
Über den Umweltschutz in die Politik	16
Sport	7/8
Grundstücks- und Steuerwesen	11
Demokratisches Forum	18
Reiseführer	29-33
Fernsehen	33
Hochschulnachrichten	33
Haus und Garten	34
Marken und Sammler	35
Die Welt von einst	35
Gedenktafel der Woche	35
Sprachprivatissimum	35
Aus dem religiösen Leben	35
Mode	36
Weltspiegel	37
Jugendseite	38
Sonntagsserien	39/40
Frauenleben	41
Motormerkblatt	42
Literaturblatt	43
Filmspiegel	44